

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

3. Sitzung

am Donnerstag, dem 6. Juli 2000, 14:00 Uhr,
auf Schloss Gottorf, Schleswig

Anwesende Abgeordnete

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Vorsitzender

Hermann Benker (SPD)

in Vertretung von Gudrun Kockmann-Schadendorf

Birgit Herdejürgen (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Sylvia Eisenberg (CDU)

Jost de Jager (CDU)

Caroline Schwarz (CDU)

Gero Storjohann (CDU)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Mitteilungen	4
2. Entwurf eines Gesetzes zur Öffnung von Standards für öffentlich-rechtliche Körperschaften in Schleswig-Holstein (Standardöffnungsgesetz - StöffG S-H)	5
Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/123	
3. Zusammenarbeit der norddeutschen Bundesländer im Bildungsbereich	6
4. Sachstandsbericht zur Zukunft des Landeskulturzentrums Salzkau	7
5. Befristung von Arbeitsverträgen für Wissenschaftler	9
6. Verschiedenes	10
7. Gespräch mit den beiden Direktoren der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf, Dr. Herwig Guratzsch (Leitender Direktor) und Prof. Dr. Claus von Carnap-Bornheim	11

Die stellvertretende Vorsitzende, Abg. Eisenberg, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Mitteilungen

Der Ausschuss verständigt sich, über den Besuch des **Eutiner Schlosses** im Rahmen einer Gesamtkonzeption für Reisen des Ausschusses zu entscheiden. - An dieser Stelle übernimmt Abg. Dr. von Hielmcrone den Vorsitz.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Öffnung von Standards für öffentlich-rechtliche Körperschaften in Schleswig-Holstein (Standardöffnungsgesetz - StöffG S-H)

Gesetzesentwurf der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 15/123

(überwiesen am 7. Juni 2000 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den **Finanzausschuss**)

Der Ausschuss kommt überein, ergänzende Vorschläge für die schriftliche Anhörung dem Innen- und Rechtsausschuss direkt zuzuleiten.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Zusammenarbeit der norddeutschen Bundesländer im Bildungsbereich

Umdrucke 15/148 und 15/196

Auf Fragen von Abg. Dr. Klug und Abg. Eisenberg äußert St. Dr. Stegner, das so genannte Rauner-Gutachten, dessen Empfehlungen zur Konzentration der Berufsschullehrerausbildung in Norddeutschland bei einzelnen Verbänden auf Kritik gestoßen sei, müsse auf seine landesspezifischen Besonderheiten hin geprüft werden. Die Landesregierung halte verschiedene Schwerpunkte der Berufsschullehrerausbildung in Flensburg und Kiel für sinnvoll. Zur Sicherung des Ersatzbedarfs an Berufsschullehrerinnen und -lehrern hätten die norddeutschen Wissenschaftsminister im Frühjahr 2000 einen umfangreichen Maßnahmenkatalog verabschiedet (Umdruck 15/196), in dem unter anderem ein aktives Werben für den Beruf sowie die Verbesserung der materiellen Rahmenbedingungen für Referendare gefordert würden.

Auf eine Frage von Abg. Dr. Klug zum Bau eines gemeinsamen Höchstleistungsrechners erwidert der Staatssekretär, dass es hinsichtlich der Vernetzung und Nutzung des Höchstleistungsrechners durch die Hochschulen und Forschungseinrichtungen des Landes keine Probleme gebe. Eine Frage von Abg. Weber zum HIS-Projekt „Ausstattungs-, Kosten- und Leistungsvergleich norddeutscher Hochschulen“ beantwortet er dahin, man hoffe, den Ausschuss im Frühjahr nach Rücksprache mit den Hochschulen über die Untersuchungsergebnisse informieren zu können.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Sachstandsbericht zur Zukunft des Landeskulturzentrums Salzau

(vgl. 8. Sitzung des Finanzausschusses am 29. Juni 2000)

Auf Fragen von Abg. de Jager zu einem möglichen Verkauf der Landesliegenschaft Salzau führt St Dr. Stegner aus, Ausgangspunkt der Überlegungen der Landesregierung sei der durch die Entwicklung der öffentlichen Finanzen bedingte Zwang, die Wirtschaftlichkeit der Landesliegenschaften zu überprüfen. Es gehe darum, wie beim Kieler Schloss (vgl. 2. Bildungsausschusssitzung) und Schloss Plön, zu dem noch die Vorschläge des Landesrechnungshofs im Raum stünden und dessen Gesamtsituation sich nicht zuletzt durch das Engagement der Deutschen Stiftung Denkmalschutz verbessert habe, eine finanzpolitisch vernünftige und kulturpolitisch akzeptable Lösung zu finden. Weder das renommierte Schleswig-Holstein Musik Festival noch Jazz Baltica sollten in irgendeiner Form beschädigt werden, deren Veranstaltungen und Aktivitäten allerdings nicht unbedingt an Salzau beziehungsweise eine Landesliegenschaft gebunden sein müssten, wie die vielen erfolgreichen „aushäusigen“ Konzerte des Musikfestivals bewiesen.

Abg. Schwarz kritisiert, dass die Landesregierung die Kunst- und Kulturlandschaft in Schleswig-Holstein mit ihren jetzt - zum Auftakt des Musikfestivals - bekannt gewordenen Überlegungen vor den Kopf gestoßen habe, und macht darauf aufmerksam, dass die Landesregierung für den Investitionsstau im Bereich des Plöner Schlosses verantwortlich sei, für den keine Gesamtkonzeption vorliege und die Weiterführung des Internats nicht gesichert sei.

St Dr. Stegner legt Wert auf die Feststellung, dass das Land sehr wohl in den Komplex Schloss Plön investiert und sich erfolgreich um neue Eigentümer bemüht habe, wie gerade die Übernahme des Prinzenhauses durch die Deutsche Stiftung Denkmalschutz zeige. Auf eine Frage von Abg. Birk teilt er mit, dass zum Haushalt 2001 noch keine gravierenden Maßnahmen zu erwarten seien. Im Übrigen fühle sich die Landesregierung der Tradition von Schloss Plön stärker verpflichtet als der Liegenschaft Salzau, die der ehemalige Ministerpräsident Barschel gekauft habe.

Der Vorsitzende äußert, auch ihm liege das Plöner Schloss als ehemalige landesherrliche Liegenschaft mit hohem kulturellem Wert näher als Salzau. Er könnte sich für Plön durchaus neue Impulse vorstellen.

Auf eine Frage von Abg. Spoorendonk stellt St Dr. Stegner noch einmal klar, selbst wenn das Veranstaltungsmanagement der drei in Rede stehenden kulturell genutzten Liegenschaften optimiert würde, könnten die drei Liegenschaften nicht ohne Subventionen auskommen.

Abg. de Jager weist auf die kulturelle Bedeutung und das Renommee des Landeskulturzentrums Salzau hin und möchte von der Regierung wissen, welche tatsächlichen Kriterien ihren Bemühungen zugrunde lägen und warum die Regierung Überlegungen zur wirtschaftlicheren Nutzung gerade beziehungsweise erst jetzt anstelle.

St Dr. Stegner stellt in Aussicht, im Herbst kulturpolitisch und finanzpolitisch abgewogene konkretere Planungen vorzulegen. Die kulturellen Nutzungen sollten nicht beschädigt werden; Konzerte des Musikfestivals müssten allerdings nicht unbedingt in einer dem Land gehörenden Konzertscheune in Salzau abgehalten werden.

Abg. Dr. Höppner würdigt die kulturelle und denkmalpflegerische Entwicklung des Plöner Schlossgebietes und problematisiert den Zusammenhang von Internat und Schloss Plön als potentiell Landeskulturzentrum.

Abg. Dr. Klug setzt sich aus bildungs- und sozialpolitischen Gründen für den Erhalt des staatlichen Internats Schloss Plön ein.

St Dr. Stegner erinnert in dem Zusammenhang nochmals an die finanzielle Situation des Landes und das Votum des Landesrechnungshofs.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Befristung von Arbeitsverträgen für Wissenschaftler

Umdruck 15/170

St Dr. Stegner beantwortet eine Frage von Abg. Weber dahin, er halte die Kritik der Personalräte des GEOMAR und des Instituts für Meereskunde an der Befristung von Arbeitsverträgen für Wissenschaftler (Umdruck 15/170) für nachvollziehbar und die bestehende Regelung gerade für Forschungseinrichtungen teilweise für nicht sachgerecht. Die gesetzlichen Bestimmungen für Nachwuchswissenschaftler sollten im Rahmen der anstehenden Dienstrechtsreform auf Bundesebene neu geregelt werden, zu der die Landesbildungsministerin die Diskussion nach der Sommerpause durch eigene Initiativen vorantreiben werde.

Abg. Birk sieht sich für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Forderung der Juniorprofessur bestätigt.

Während Abg. Weber sich dafür ausspricht, im Sinne der Betroffenen durch eine Initiative des Landes zur Abschaffung der Fünf-Jahres-Regel voranzukommen, hält St Dr. Stegner den weiteren Vorstoß des Landes Schleswig-Holstein in Sachen Dienstrechtsreform angesichts der bundesweiten Diskussion im Moment für wenig Erfolg versprechend und favorisiert „pragmatische“ Problemlösungen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

St Dr. Stegner berichtet über das Zuwendungsverfahren betr. **Förderung von Betreuungsangeboten an Grund- und Förderschulen**, Umdruck 15/177.

Der Ausschuss ist sich in der Bewertung einig, dass die Trägervereine so wenig wie möglich durch Rückforderungen belastet, die entsprechenden Förderrichtlinien unverzüglich verbessert und den Adressaten der Förderung - insbesondere Elternvereinen - hinsichtlich der Verfahrensabläufe jede Form von Hilfe gewährt werden sollten, und wird das Thema auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung, am 21. September 2000, setzen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Gespräch mit den beiden Direktoren der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf

Dr. Guratzsch, Leitender Direktor der Stiftung, macht deutlich, dass die Konsolidierung der vorhandenen Sammlungen und der Arbeitsschwerpunkte der Stiftung in den nächsten Jahren nur mit tatkräftiger finanzieller Unterstützung des Landes gelingen könne. Der Stiftungsrat habe in einem Siebenjahresplan vordringlichen Investitionsbedarf in den Bereichen Bauunterhaltung, Sicherheit, Konservierung (zum Beispiel Kupferstichkabinett der Kunst- und Kulturgeschichte) sowie Restaurierung von Gottorfer Barockgarten und Globus aufgezeigt.

Stiftungsdirektor Prof. Dr. von Carnap-Bornheim versichert für den Bereich Archäologie, man sei bemüht, den hohen Standard an Infrastruktur, Werkstatt, Magazin, Forschung und Drittmittel sowie die Zusammenarbeit mit dem Archäologischen Landesamt ebenso wie mit der archäologischen Forschung im skandinavischen und baltischen Raum und insbesondere in Ostpreußen zu erhalten beziehungsweise auszubauen.

Auf Fragen von Abg. Schwarz bestätigt Dr. Guratzsch, dass der finanzielle Spielraum für Ankäufe und Ausstellungen bedauerlicherweise immer enger werde und die Stiftung insbesondere unter Versäumnissen bei der Bauunterhaltung sowie dem Mangel an Aufsichtspersonal leide. Zudem sei eine offensivere und professionellere Öffentlichkeitsarbeit dringend erforderlich, damit Ausstellungen viel breiter bekannt gemacht und angenommen würden. Die Besucherzahlen seien leicht gestiegen.

Abg. Spoorendonk regt an, das Schloss selbst einmal zum Gegenstand einer Ausstellung zu machen, Abg. Dr. Klug, eine Ausstellung in der schleswig-holsteinischen Landesvertretung in Berlin zu präsentieren. Im Übrigen bittet der Abgeordnete darum, dem Ausschuss den vom Stiftungsrat entwickelten Siebenjahresplan zuzuleiten.

Auf eine Frage von Abg. de Jager macht Dr. Guratzsch abschließend noch einmal darauf aufmerksam, dass die Möglichkeiten, die Eigeneinnahmen auf über 10 % zu steigern, von der beschriebenen Gesamtsituation des Schlosses abhängen, die umso problematischer werde, je mehr die Summe der Grundausgaben für Personal, Energie und so weiter und die Höhe der Zuwendungen weiter auseinander drifteten.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, schließt die Sitzung um 17:00 Uhr.

gez. Dr. Ulf von Hielmcrone

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer